

# DIE WELTWOCHEN

Wirtschaft

## Fein und gemein

**Harte Verbote und von oben verordnete Planwirtschaft sind aus der Mode gekommen. Der neue, weiche Paternalismus ist aber bei näherer Betrachtung ebenso gefährlich.**

Von Silvio Borner



Silvio Borner

In einer Marktwirtschaft gibt es für staatliche Regulierung zwei Rechtfertigungen. Erstens geht es um die Korrektur von Marktergebnissen. Klassisches Beispiel sind negative externe Effekte wie Luftverschmutzung bei der Produktion oder Abfall beim Konsum. Zweiter klassischer Grund sind Eingriffe in den Wettbewerb, wenn dieser beispielsweise «unlauter» daherkommt, durch Missbrauch von Marktmacht verfälscht oder gar durch natürliche Monopole überflüssig wird. Neu, aber besonders schlüpfrig sind Regulierungen, die auf die Entscheidungsfreiheit der Konsumenten abzielen, indem durch staatliche Vorschriften die Wahlmöglichkeiten manipuliert oder gar ausgeschaltet werden. Das kennen wir aus autoritären Systemen leider bestens.

Dieser sogenannte liberale Paternalismus ist zumindest auf den ersten Blick viel toleranter und freiheitlicher. Er will nämlich die Wohlfahrt des Einzelnen durch Befreiung von dessen eigenen kognitiven Limiten und irrationalen Fehlern vergrössern. Dabei sollen die angepeilten Verhaltensweisen nicht durch Zwang, sondern unter Wahrung der Wahlfreiheit erreicht werden. Oder anders gesagt: Diese neue Regulierungsvariante will nur dem Einzelnen von aussen helfen, seine eigenen Ziele besser zu verwirklichen, ohne ihm die Entscheidungsfreiheit (ganz) zu rauben. In Experimenten zeigen Verhaltensökonominnen auf, dass wir bei unseren Entscheidungen eben viele und erst noch systematische Fehler machen.

Aber machen denn die Moralisten, Ideologen oder Bürokraten beim Staat keine Fehler? Wir können aus unseren eigenen Fehlern – anders als im Experiment – lernen und tragen die Konsequenzen selber. Was aber, wenn sich gesellschaftliche Grosseperimente wie die Energiewende als nicht machbar herausstellen sollten?

### Die «Sündensteuer»

Liberale Ökonomen wie John Stuart Mill, Friedrich August von Hayek oder Amartya Sen haben diese «Prozess-Dimension» der Entscheidungsfreiheit stets zu Recht betont. Liberal heisst hier, dass wir autonom und

unbeeinflusst von den Präferenzen anderer selber entscheiden dürfen, aber auch selber die Verantwortung tragen müssen. Angeblich will auch der demokratische und liberale Paternalismus dies respektieren. Die Verhaltensziele wie etwa Reduktion des Tabakkonsums, Stromsparen oder Zwangsvorsorge für das Alter sind demokratisch legitimiert. Und unsere Wahlfreiheit bleibt bestehen, nur dass jetzt auf gesundheitsschädlichen Produkten eine «Sündensteuer» erhoben, als Standardprodukt Öko-Strom angeboten oder die berufliche Vorsorge für obligatorisch erklärt wird. Man darf aber weiter rauchen und notfalls auch den Öko-Strom «abwählen» oder die zweite Säule partiell vorbeziehen. Doch wehe, wenn wir von diesen verbleibenden Freiheiten zu intensiv Gebrauch machen. Dann meint die Politik halt schärfer und direkter regulieren zu müssen. Drastisches Beispiel dafür ist die Bekämpfung des Rauchens, wo immer mehr Örtlichkeiten oder Werbeformen zu Verbotszonen mutieren. Oder beim Auto: Angefangen hat es mit der Pflicht, Sicherheitsgurten einzubauen, dann kam die Pflicht, diese auch zu tragen und dies alles mit automatischen Warnsignalen oder gar durch Blockierung des Motors durchzusetzen.

Zu Beginn will die Politik damit ja nur dem Einzelnen helfen, bessere Entscheidungen zu treffen, sei das nun bezogen auf die eigene Gesundheit, die finanzielle Sicherheit, die Schonung der Ressourcen oder die Verbesserung der Energieeffizienz. Aber weil die Regulatoren in der Regel noch weniger wissen können, was für uns gut oder schlecht ist, werden wir unser Verhalten meistens nicht im gewünschten Sinne anpassen. Die Regulatoren werden daher leider Gottes die Entscheidungsspielräume durch Erhöhung der Sündensteuern, durch Mengentransaktionen oder Verbote von Vorbezügen der zweiten Säule einschränken müssen!

Weil die Franchisen bei der Krankenversicherung angeblich zu Fehlentscheidungen der Versicherten oder gar zur Entsolidarisierung führen, will Bundesrat Alain Berset (SP) die Wahlmöglichkeiten einengen. Politische Versuche, Verhaltensmuster gegen die Präferenzen der Menschen zu erzwingen, müssen in einer totalen Planwirtschaft enden.

Funktionäre finden immer etwas, was noch zu perfektionieren wäre. Diese Gefahr ist bei der paternalistischen Verhaltensregulierung besonders gross, weil hier eigentlich keine Grenzen bestehen in der Art, wie die paternalistischen Gutmenschen unsere Freiheiten beschneiden müssen – zum Wohle der Menschheit oder zur Rettung vor dem Weltuntergang.